

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	III
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	XXV
Judikaturverzeichnis	LIII

Einleitung

I. Motivation und Zielsetzung	1
II. Gang der Untersuchung	4

Erster Teil: Einführung

I. Verständnis von Mitverantwortung	7
1. Grundsätzliches	7
2. Begriffsklärung	7
2.1 Der Begriff Verantwortung im Allgemeinen	7
2.2 Die Begriffe Eigen- bzw Mitverantwortung im sozialver- sicherungsrechtlichen Kontext	9
2.2.1 Eigen-, Selbst- und Individualverantwortung als synonyme Begriffe mit erheblicher Unschärfe	9
2.2.2 „Mitverantwortung“ als adäquater Terminus	13
2.3 Möglichkeiten zur Klassifizierung der Erscheinungsformen von Mitverantwortung im Sozialversicherungsrecht	15
2.3.1 Allgemeines	15
2.3.2 Verhaltensbezogene und nicht verhaltensbezogene Mitverantwortung	15
2.3.3 Prospektive und retrospektive Mitverantwortung	17
2.3.4 Verbindliche und wählbare Mitverantwortung	18
2.3.5 Verfahrensbezogene und anspruchsbezogene Mitverantwortung	19
2.3.6 Sanktionen- und anreizorientierte Mitverantwortung	20
2.3.7 Leistungsbezogene und nicht leistungsbezogene Mitverantwortung	20
2.4 Verständnis von Mitverantwortung in dieser Untersuchung – Themeneingrenzung	20
2.4.1 Grundsätzliches	20
2.4.2 Leistungsrechtliche Konsequenzen	21

2.4.3 Zumindest potentiell (auch) verhaltenssteuernde Funktion	21
2.4.4 Anspruchsbezogenheit.....	23
2.4.5 Zusammenfassende Darlegung der erfassten Fallgruppen	23
II. Mitverantwortung und Sozialversicherung – Ein Widerspruch?...	25
1. Grundsätzliches	25
2. Entstehung der österreichischen Sozialversicherung	26
2.1 Erste Ansätze für eine Versicherung der Arbeiter	26
2.2 Unfallversicherungsgesetz 1887 und Krankenversicherungsgesetz 1888.....	29
2.3 Pensions- und Arbeitslosenversicherung der Arbeiter und Angestellten	32
2.4 Weitere Entwicklung bis zur Erlassung der heute maßgeblichen Sozialversicherungsgesetze	34
3. Zentrale Prinzipien der Sozialversicherung unter Berücksichtigung der historischen Entwicklung	37
3.1 Grundsätzliches	37
3.2 „Mitverantwortung“ als schon historisch grundgelegtes Prinzip?	40
4. Mögliche Probleme verhaltensbezogener Mitverantwortung.....	43
5. Verhältnis von Sozialversicherung und Mitverantwortung	54
5.1 Mitverantwortung im Spannungsverhältnis zur Solidarität in der Sozialversicherung.....	54
5.2 Mitverantwortung als Ausfluss der Solidarität in der Sozialversicherung	58
6. Zwischenbilanz	59
 Zweiter Teil: Rechtliche Rahmenbedingungen für die Statuierung von Mitverantwortung	
I. Allgemeines	65
II. Mitverantwortung und „Sozialversicherungswesen“	67
1. Grundsätzliches und Relevanz für Mitverantwortung	67
2. Inhalt und Reichweite des Kompetenztatbestands	69
2.1 Allgemeines.....	69
2.2 Maßgeblicher Versteinerungszeitpunkt	69
2.3 Kernelemente des Sozialversicherungswesens und deren Bedeutung für die Regelung von Mitverantwortung.....	72
2.3.1 Dynamisches Rechtsgebiet mit notwendigem Bezugspunkt zur Erwerbstätigkeit.....	72
2.3.2 Pflichtversicherung als Voraussetzung für „Sozialversicherungswesen“?.....	77
2.3.3 Bildung von Risikogemeinschaften und zumindest theoretisch mögliche Leistungsanspruchnahme.....	80

2.3.4 Funktioneller Zusammenhang zwischen Beitrag und Leistung, aber keine Geltung des Äquivalenzprinzips	82
2.3.5 Sozialer Ausgleich und Risikounabhängigkeit als wesentliches Prinzip (?).	90
3. Zwischenbilanz	94
III. Mitverantwortung und Grundrechte	98
1. Allgemeines	98
2. Verfassungsrechtlicher Gleichheitssatz.	100
2.1 Grundsätzliches und Relevanz für Mitverantwortung	100
2.2 Gleichbehandlung innerhalb derselben Risikogemeinschaft.	103
2.3 Erneut: (Nur) Funktioneller Zusammenhang zwischen Beitrag und Leistung.	109
2.4 Erhöhtes Risiko der Leistungsinanspruchnahme kein Grund für Differenzierung?	115
2.5 Verhinderung „verpönter“ Verhaltensweisen zulasten der Versichertengemeinschaft als legitimes Ziel	119
2.6 Vermeidung unberechtigten Leistungsbezugs als sachlicher Grund für leistungsrechtliche „Sanktion“.	122
2.7 Entstehen erhöhter finanzieller Belastungen als Rechtfertigung für Differenzierung.	123
2.8 Systemerhaltung, effizienter Mitteleinsatz und Qualitätssicherung als Argument für Sachlichkeit	125
2.9 Gebot gewisser Wahlmöglichkeiten?	131
2.9.1 Wahl zwischen Vertragspartnern und Nichtvertragspartnern des Sozialversicherungsträgers	131
2.9.2 Wahl zwischen verschiedenen zweckmäßigen Heilmitteln	134
2.9.3 Wahlmöglichkeiten in Bezug auf das Versicherungs- und Leistungsverhältnis.	138
2.10 Verpflichtung zur Statuierung eines Mindestmaßes an Mitverantwortung?	139
2.11 Exkurs: Verbot der Diskriminierung aufgrund bestimmter Merkmale.	141
2.12 Zwischenbilanz.	144
3. Weitere bedeutsame grundrechtliche Vorgaben	149
3.1 Schutz des Eigentums.	149
3.1.1 Grundsätzliches und Relevanz für Mitverantwortung	149
3.1.2 Verhältnismäßigkeitsprinzip.	151
3.2 Recht auf Leben und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung	154
3.2.1 Grundsätzliches und Relevanz für Mitverantwortung	154
3.2.2 Kostentragung für Behandlungsmaßnahmen.	155
3.2.2.1 Grundsätzliches	155
3.2.2.2 Gesetzliche Pflichtversicherung als Begründung für Leistungsanspruch im Kernbereich.	157

3.2.2.3	Konsequenzen für leistungsbezogene Mitverantwortung.	160
3.2.3	Obliegenheiten zur Duldung medizinischer Maßnahmen	162
3.3	Recht auf Achtung des Privatlebens.	166
3.3.1	Grundsätzliches und Relevanz für Mitverantwortung	166
3.3.2	Eingriff in Art 8 EMRK auch bei nur leistungsrechtlichem „Zwang“	168
3.3.3	Rechtfertigung nur bei Verfolgung eines legitimen Ziels	170
3.3.4	Verhältnismäßigkeitsprinzip.	171
3.4	Glaubens- und Gewissensfreiheit	178
3.4.1	Grundsätzliches und Relevanz für Mitverantwortung	178
3.4.2	Vorliegen eines rechtfertigungsbedürftigen Grundrechtseingriffs?	179
3.5	Verbot der Zwangs- oder Pflichtarbeit	184
3.5.1	Grundsätzliches und Relevanz für Mitverantwortung	184
3.5.2	Relevanz des Art 4 EMRK auch bei mittelbarem Zwang (?)	185
3.5.3	Materielle Einschränkung des an sich absoluten Verbots .	193
3.6	Berufs(wahl)freiheit und Erwerbsfreiheit	197
3.6.1	Grundsätzliches und Relevanz für Mitverantwortung	197
3.6.2	Beschäftigungsobliegenheiten	200
3.6.3	Steuerung des Nachfrageverhaltens.	201
3.6.3.1	Eingriff in die Erwerbsfreiheit?	201
3.6.3.2	Zulässigkeit eines bejahten Eingriffs in den genannten Fällen	205
3.6.3.3	Zulässigkeit der gänzlichen Abschaffung der Kosten-erstattung?	208
3.6.4	Ausschluss einer Wahl des Versicherungsträgers	210
3.7	Zwischenbilanz	211
4.	Weitergehende Vorgaben nach Art 34 und 35 der Europäischen Grundrechtecharta?	215
4.1	Grundsätzliches und Relevanz für Mitverantwortung	215
4.2	Anwendungsbereich der Charta	217
4.3	Abgrenzung von Grundrechten und Grundsätzen unter spezifischer Bedachtnahme auf Art 34 und 35 GRC	221
4.4	Charta-Grundrechte als Grundrechte iSd nationalen Verfassungsrechts	223
4.5	„Mitverantwortungsrelevanter“ Gehalt der Art 34 und 35?	224
4.5.1	Art 34 GRC.	224
4.5.1.1	Grundsätzliches	224
4.5.1.2	Primär abwehrrechtliche Funktion gegenüber der Union	224
4.5.1.3	Bindung bei „Durchführung des Unionsrechts“	227

4.5.2 Art 35 GRC	230
4.5.2.1 Grundrecht auf Zugang zur Gesundheitsvorsorge und auf ärztliche Versorgung	230
4.5.2.2 Grundsatz der Sicherstellung eines hohen Gesundheitsschutzniveaus	233
4.6 Zwischenbilanz	234
IV. Mitverantwortung im Lichte des EU-Wettbewerbsrechts und der Grundfreiheiten	235
1. Allgemeines	235
2. Wettbewerbsrecht	235
2.1 Grundsätzliches und Relevanz für Mitverantwortung	235
2.2 SVTr als Unternehmen iSd Wettbewerbsrechts?	238
2.2.1 „Funktionaler Unternehmensbegriff“	238
2.2.1.1 Keine Unternehmenseigenschaft bei Erfüllung von Aufgaben mit ausschließlich sozialem Charakter	238
2.2.1.2 Schlussfolgerungen aus der EuGH-Judikatur und Auswirkungen auf die Frage der Mitverantwortung .	243
2.2.2 Wettbewerbsrechtliche Grenzen einer Steuerung der Leistungsanspruchnahme im Wege der Kosten- tragung?	251
2.2.2.1 Grundsätzliches	251
2.2.2.2 Abweichung vom „funktionalen Unternehmens- begriff“ in den Rs AOK Bundesverband und FENIN?	252
2.2.2.3 Neubewertung vor dem Hintergrund der Rs <i>Mobil Oil</i> ?	258
2.2.2.4 Auswirkungen auf die Zulässigkeit von Mitverant- wortung im Zuge der Leistungsanspruchnahme ...	260
2.3 Mögliche Unanwendbarkeit des Wettbewerbsrechts bei Leistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse	263
2.3.1 Grundsätzliches	263
2.3.2 Auslegung des Art 106 Abs 2 AEUV durch den EuGH ...	266
2.3.3 Auswirkungen auf die Beurteilung von Mitverantwortung	268
2.4 Zwischenbilanz	272
3. Grundfreiheiten	275
3.1 Grundsätzliches und Relevanz für Mitverantwortung	275
3.2 Warenverkehrsfreiheit	280
3.2.1 Grundsätzliches	280
3.2.2 Beschränkungen der sv-rechtlichen Kostentragung als Eingriff in die Warenverkehrsfreiheit?	281
3.3 Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit	285
3.3.1 Grundsätzliches	285
3.3.2 Beschränkungen der sv-rechtlichen Kostentragung als Eingriff in die Dienstleistungs- bzw Niederlassungs- freiheit?	287

3.3.2.1 Beschränkung auch bei nicht einmal faktischer Benachteiligung?	287
3.3.2.2 Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit bei grenzüberschreitender Inanspruchnahme von Gesundheitsdienstleistungen	290
3.3.2.2.1 Mittelbare Benachteiligung notwendig, aber ausreichend	290
3.3.2.2.2 Gleichbehandlung mit Nichtvertragspartnern bei überwiegend sachleistungsbasiertem System idR nicht ausreichend.	296
3.3.2.2.3 Durchschlagen nationaler Kostenbegrenzungen	299
3.3.2.2.4. Kostenerstattungsanspruch nur bei kurzfristigen Leistungen?	302
3.3.3 Gesetzliche Pflichtversicherung als rechtfertigungsbedürftiger Eingriff?	303
3.4 Rechtfertigung von Eingriffen in die Grundfreiheiten	305
3.4.1 Grundsätzliches.	305
3.4.2 Für das SV-Recht bedeutsame Rechtfertigungsgründe ...	307
3.4.3 Rechtfertigung sv-rechtlicher Begrenzungen der Kostentragung?	309
3.4.3.1 Differenzierte Beurteilung von Genehmigungserfordernissen in Abhängigkeit vom Grad des Planungsbedarfs	309
3.4.3.2 Anforderungen an zulässige Genehmigungserfordernisse	313
3.4.3.3 Verpflichtung zur Sicherstellung von Sachleistungen auch bei Inanspruchnahme ausländischer Leistungserbringer?	315
3.4.3.4 Zulässigkeit einer der Höhe nach geringeren Kostenerstattung bei Inanspruchnahme von Nichtvertragspartnern?	318
3.4.3.4.1 Grundsätzliches	318
3.4.3.4.2 Änderungen durch das EU-PMG	322
3.4.4 Rechtfertigung der gesetzlichen Pflichtversicherung	325
3.5 Zwischenbilanz	327

Dritter Teil: Mitverantwortung im Kontext der Herbeiführung oder Beseitigung des Leistungsfalls

I. Allgemeines	331
II. Gesetzlich ausdrücklich sanktionierte Verhaltensweisen	332
1. Verhaltensweisen im Zusammenhang mit dem Eintritt des Versicherungsfalls	332
1.1 Verwirkung von Geldleistungen gemäß § 88 ASVG	332

1.1.1 Reichweite, Wirkung und (Grund-)Voraussetzungen der Verwirkung	332
1.1.1.1 Grundsätzliches	332
1.1.1.2 Potentiell betroffene Versicherungsfälle und Leistungen	333
1.1.1.3 Ex-lege-Eintritt der Verwirkung	336
1.1.1.4 Verwirkung nur bei adäquater Verursachung	336
1.1.2 Vorsätzliche Herbeiführung des Versicherungsfalls.....	338
1.1.2.1 Verwirkungsvoraussetzungen.....	338
1.1.2.2 Anwendungsfälle	339
1.1.3 Mit Vorsatz begangene gerichtlich strafbare Handlung...	344
1.2 „Versagung“ des Krankengeldes nach § 142 ASVG.....	346
1.2.1 Grundsätzliches.....	346
1.2.2 Schuldhaftige Beteiligung an Raufhandel	348
1.2.2.1 Rechtskräftige Verurteilung nach § 91 StGB	348
1.2.2.2 (Analoge) Anwendung des § 142 Abs 1 Z 1 in Einzelfällen trotz fehlender Verurteilung nach § 91 StGB?	350
1.2.3 Unmittelbare Folge von Trunkenheit oder Suchtgiftmissbrauch	353
1.2.3.1 Erfasste Verhaltensweisen	353
1.2.3.2 Relevanz eines Verschuldens des Versicherten?	356
1.3 Ausschluss bestimmter Transportkosten nach § 131 Abs 4 ASVG	358
1.3.1 Grundsätzliches.....	358
1.3.2 Voraussetzungen des Leistungsverlusts	360
1.3.3 Ausgeschlossene Kosten	364
1.4 „Sperrung“ des Arbeitslosengeldes nach § 11 AIVG.....	366
1.4.1 Grundsätzliches.....	366
1.4.2 (Bloßes) Ruhen des Anspruchs während der Sperrfrist...	367
1.4.3 Voraussetzungen des Leistungsverlusts	370
1.4.3.1 Allgemeines	370
1.4.3.2 Beendigung infolge Verschuldens des Versicherten	371
1.4.3.3 Freiwillige Beendigung der Tätigkeit	372
1.4.4 Nachsicht in „berücksichtigungswürdigen Fällen“	374
1.4.4.1 Allgemeines	374
1.4.4.2 Nachsicht wegen Aufnahme anderer Tätigkeit	375
1.4.4.3 Nachsicht wegen der Gründe der Beendigung.....	377
1.4.4.4 Verpflichtende Nachsicht bei Vorliegen eines Nachsichtgrundes.....	381
1.5 Exkurs: Belohnung gesundheitsbewussten Verhaltens	381
1.6 Zwischenbilanz	385

1.6.1 Anknüpfungspunkt und Reichweite der Mitverantwortung	385
1.6.2 Rechtliche Bewertung	390
2. Verhaltensweisen im Zusammenhang mit dem Fortbestehen des Versicherungsfalls	394
2.1 Grundsätzliches	394
2.2 Mitwirkungsobliegenheit nur bei Verhältnismäßigkeit der Maßnahme	394
2.3 „Gesundheitsbezogene“ Verhaltensweisen	396
2.3.1 Untersuchungsobliegenheiten	396
2.3.1.1 Zugrundelegung des Sachverhalts nach § 366 Abs 1 und 2 ASVG	396
2.3.1.1.1 Grundsätzliches	396
2.3.1.1.2 Zweckbindung der Untersuchung	397
2.3.1.1.3 (Nur) „Zugrundelegung des Sachverhalts“	398
2.3.1.1.4 Voraussetzungen der „Sanktion“	399
2.3.1.2 Leistungsentziehung nach § 99 Abs 2 ASVG	401
2.3.1.2.1 Grundsätzliches	401
2.3.1.2.2 Zweckbindung der Untersuchung (?)	402
2.3.1.2.3 Beginn, Dauer und Reichweite der Entziehung ..	403
2.3.1.2.4 Bloße Sistierung der Leistungspflicht oder „echter“ Anspruchsverlust?	406
2.3.1.3. Ruhen des Krankengeldes nach § 143 Abs 6 Z 1 ASVG	409
2.3.1.4 Verlust des Arbeitslosengeldes nach § 8 AIVG	413
2.3.1.4.1 Grundsätzliches	413
2.3.1.4.2 Zweckbindung der Untersuchung	415
2.3.1.4.3 Kein Ermessenspielraum des AMS, Sanktion aber nur bei „Weigerung“	418
2.3.1.5 Sonstige Obliegenheiten, die Untersuchungen beinhalten können	419
2.3.2 Behandlungsobliegenheiten und sonstige „gesundheitsbezogene“ Verhaltensobliegenheiten	420
2.3.2.1 Entziehung des Rehabilitationsgeldes nach § 99 Abs 1 a ASVG	420
2.3.2.1.1 Grundsätzliches	420
2.3.2.1.2 Dauer der Entziehung	421
2.3.2.1.3 Keine Verpflichtung zur Mitwirkung an Krankenbehandlung	424
2.3.2.2 Ruhen des Rehabilitationsgeldes nach § 143 a Abs 5 ASVG	427
2.3.2.2.1 Grundsätzliches	427
2.3.2.2.2 Anwendungsbereich und Verhältnis zu § 99 Abs 1 a ASVG?	429

2.3.2.3	Ruhen des Krankengeldes nach § 143 Abs 6 Z 2	
	ASVG.....	431
2.3.2.3.1	Grundsätzliches	431
2.3.2.3.2	Erfasste Fallgruppen	432
2.3.2.4	Ruhen des Krankengeldes nach § 143 Abs 6 Z 3	
	ASVG.....	434
2.3.2.5	„Versagung“ der Versehrtenrente nach § 197 Abs 1	
	ASVG.....	436
2.3.2.5.1	Grundsätzliches	436
2.3.2.5.2	Sanktionierbare Verhaltensweisen	438
2.3.2.6	„Versagung“ des Übergangsgeldes nach § 307b	
	ASVG.....	440
2.3.2.6.1	Grundsätzliches	440
2.3.2.6.2	Voraussetzungen, Dauer und Wirkung der „Versagung“	442
2.3.2.6.3	Auswirkungen unterlassener Mitwirkung auf den Pensionsanspruch	445
2.4	Beschäftigungsbezogene Verhaltensweisen	448
2.4.1	„Sperr“ des Arbeitslosengeldes nach § 10 AIVG	448
2.4.1.1	Grundsätzliches	448
2.4.1.2	Obliegenheit zu (Bemühen um) Beschäftigungsauf- nahme	451
2.4.1.2.1	Grundsätzliches	451
2.4.1.2.2	Sanktionierbare Verhaltensweisen	452
2.4.1.2.3	Sanktion nur bei Zumutbarkeit der Beschäftigung	454
2.4.1.2.4	Körperliche Fähigkeiten, Gesundheit und Sittlichkeit	456
2.4.1.2.5	Arbeitskampf, Wegzeit und Betreuungspflichten	460
2.4.1.2.6	Berufs- und Entgeltsschutz.....	462
2.4.1.2.7	Abschließender Charakter der gesetzlichen Zumutbarkeitskriterien?	468
2.4.1.2.8	Sonderfall: Beschäftigung in Sozialökonomi- schen Betrieben oder im Rahmen von Gemein- nützigen Beschäftigungsprojekten	475
2.4.1.3	Obliegenheit zur Teilnahme an Schulungs- oder Wiedereingliederungsmaßnahmen.....	479
2.4.1.3.1	Grundsätzliches	479
2.4.1.3.2	Grundvoraussetzungen einer zulässigen Maß- nahmenzuweisung.....	481
2.4.1.3.3	„Wichtige Gründe“ für die Verweigerung grundsätzlich geeigneter Maßnahmen.....	485
2.4.1.4	Dauer und Wirkung des Leistungsverlusts.....	487

2.4.1.5	Nachsicht der „Sperré“	491
2.4.2	Verlust von Geldleistungen infolge der Nichtmitwirkung an beruflicher Reha	495
2.4.2.1	Grundsätzliches	495
2.4.2.2	Anspruchsverlust gemäß § 39 b Abs 3 AIVG iVm § 10 AIVG	497
2.4.2.2.1	Grundsätzliches	497
2.4.2.2.2	Sanktionierung mangelnder Mitwirkung	499
2.4.3	Exkurs: Entziehung des Wiedereingliederungsgeldes	503
2.5	Zwischenbilanz	506
2.5.1	Anknüpfungspunkt und Reichweite der Mitverant- wortung	506
2.5.2	Rechtliche Bewertung	514
2.5.3	Verhältnis zur Mitverantwortung im Zusammenhang mit der Herbeiführung des Versicherungsfalls	517
III. Weitergehende Mitverantwortung durch verhaltensbedingte		
	Verneinung des Leistungsfalls?	521
1.	Grundsätzliches	521
2.	Verneinung eines Arbeitsunfalls?	522
2.1	Zurechnung anhand von Äquivalenztheorie und „wesentlicher Bedingung“	522
2.2	Relevanz eines „gefahrerhöhenden Verhaltens“	523
2.3	Spannungsverhältnis zu § 88 und § 175 Abs 6 ASVG?	525
3.	Verneinung des Vorliegens einer Krankheit oder der Voraus- setzungen einer Krankenbehandlung?	528
3.1	Behandlungsbedürftigkeit als Ansatzpunkt für Mitverant- wortung?	528
3.2	Leistungsanspruch bei eingetretener Krankheit iSd § 120 Z 1 ASVG dennoch unabhängig von Ursache	532
4.	Verneinung einer leistungsbegründenden (Dauer der) Minderung der Arbeitsfähigkeit?	535
4.1	Unmaßgeblichkeit der Ursache des Eintritts des Gesundheits- schadens	535
4.1.1	Invalidität bzw Berufsunfähigkeit	535
4.1.2	Minderung der Erwerbsfähigkeit	538
4.1.3	Arbeitsunfähigkeit	540
4.2	Beeinflussbarkeit der Beeinträchtigung als Grund für Verneinung des Versicherungs- bzw Leistungsfalls?	541
4.2.1	Grundsätzliches	541
4.2.2	Verneinung des Leistungsanspruchs wegen Verletzung „Allgemeiner Mitwirkungspflicht“?	542
4.2.2.1	Ansicht des OGH	542
4.2.2.2	Kritik	545

4.2.3	Besserungsfähigkeit losgelöst von bestehender Mitwirkungspflicht mitbedacht?	549
4.2.4	Besserungsmöglichkeit dennoch beachtlich	552
5.	Verneinung von Arbeitslosigkeit?	557
6.	Exkurs: Verneinung von „finanzieller Bedürftigkeit“?	559
6.1	Grundsätzliches	559
6.2	Ausgleichszulage	560
6.3	Notstandshilfe	567
7.	Zwischenbilanz	569

Vierter Teil: Schluss

I.	Abschlussbetrachtung und Ausblick	572
II.	Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	580
	Stichwortverzeichnis	593